



asta-information

10. juli 1969

nummer 5

johann-wolfgang-goethe-universität
frankfurt-m jügelstraße 1
ruf 06 11 - 79 83 186

empfinden, erhoffen sich im Beruf das Reich der Freiheit, um auch dort sich wieder in einer nur noch rigoroseren bürgerlichen Zwangsinstitution wiederzufinden. Gegen diese Zwangsinstitution fehlen ihnen jegliche Verteidigungsmöglichkeiten; so werden sie an der Schule die gleichen kapitalistischen Sozialisationsagenten wie die, von denen sie an der Universität ausgebildet wurden.

Um in diesen Zirkel einzubrechen, müssen wir politische Befreiung bereits auf der Universität beginnen. Weder werden wir der Suggestion unseres Studiums verfallen, die die Berufspraxis verdrängt, noch werden wir umstandslos uns affirmativ dem Beruf ausliefern, wie es der technokratische Studiengang erzwingen will. Strategisch verlangt die technokratische Reform von uns, daß wir sie innerhalb und außerhalb der Universität bekämpfen. Dem entspricht die Forderung, das Getto Hochschule zu verlassen und die Revolte in Bereiche der gesellschaftlichen Produktion zu tragen. Aber wir dürfen die Universität nicht voluntaristisch verlassen: Es gilt nicht, sich beliebigen Fraktionen des Proletariats anzuschließen, sondern dort zu arbeiten, wo unsere studentischen Interessen mit denen außeruniversitären Gruppen identifizierbar werden.

Einen Finger kann man brechen, fünf Finger sind eine Faust!

Der Kampf der Germanisten

Karrierist Brackert, das mittlere Management und technokratischer Funktionalismus

Ruhig und reibungslos soll es in Zukunft an der Universität hergehen, und dennoch effizient. Deswegen soll zunächst die Pest des Ordnungsrechts die Hochschule überziehen, damit die Cholera der technokratischen Reform in seinem Schatten ungestört Einzug halten kann. Daß Ordnungsrecht und technokratische Reform nicht der böswilligen Hinterlist zynischer egg-heads im Ministerium entspringen die

keit eines Brackert, die technokratische Reform nach innen zu perfektionieren, immer dreister werden, bis das störungsfreie streamlining vollendet ist, in dem Studenten „ausgebildet“ werden sollen. Geschehen war dies: In einer Vollversammlung der Germanisten, der die Professoren fernzubleiben vorgezogen hatten, war eine Resolution angenommen worden, die bekräftigte, daß die Studenten die Ablehnung des Ordnungsrechts für eine Minimalvoraussetzung zur Zusammenarbeit mit den Professoren ansahen. Über diese Resolution sollte im Seminar in der Jügelstraße mit den Lehrenden diskutiert werden. „Etwa 14.45 Uhr beschloß die VV, das germanistische Institut von Prof. Brackert,

warum die Polizei komme, machen wir uns nicht zu eigen. Denn mit solcher brutalen Unbekümmertheit denken unsere Feinde in unseren Köpfen. Wer weiß denn, ob wir in einem Jahr nicht das Verteilen von Flugblättern für einen kriminellen Akt halten werden!

Wir denken auch gar nicht daran, uns der verlogenen Interpretation zu beugen, daß in unserem Recht auf Diskussion eine kalkulierte Provokation liegt. Vielmehr haben die Assistenten die Studenten kalkuliert provoziert, die sehr wohl wußten, daß wir die Tür öffnen würden, wenn sie sie schließen. Indem die Lehrenden die Studenten ausgesperrt haben, haben sie ihr Recht verteidigt, nichts als sprachlose Funktionsträger der Wissensfabrik zu sein. Indem wir das Seminar betreten haben, haben wir das Recht der Studenten auf ihre Produktionsmittel geltend gemacht.

Es hat sich wieder einmal erwiesen, daß auf der Ebene der Institutionen keine verbindliche Diskussion zu führen ist. Selbst der Versuch, die Funktionsträger der Wissensverwertung zur demokratischen Legitimation zu bewegen, zu der sie innerhalb der VV nicht mehr bereit sind (von See: „Ich habe es nicht nötig, mich vor den Studenten zu rechtfertigen...“), wird als Störung und schwerer Hausfriedensbruch interpretiert. Diese Gegenwart ist bereits die Zukunft der ordnungsrechtlich pazifizierte Hochschule. Gegenüber solcher Zukunft werden wir kein resignatives Verhalten an den Tag legen. Vielmehr werden wir uns in solidarischer Aktion zusammenschließen gegen unsere Gegner, bis die Resignation auf deren Seite ist!

HIT AND RUN

Selbstverständlich werden die Polizeigermanisten aus der Jügelstraße ihr Vorgehen nachträglich mit der „hit-and-run“-Aktion vom Freitag rechtfertigen. Mit dieser Aktion hat die Linke gelernt, wie man die Gewalt nicht den Mittelsmännern, sondern den Schreibtischträgern selbst zurückgibt. Nicht mehr die, die bloß Beauftragte der Gewalt sind, sondern die, welche uns unter Gewalt setzen, werden erleben, daß zurückgeschlagen wird. Mit dieser Gegengewalt werden weiterhin Denunzianten, Relegatoure und professorale Polizeispitzel zu rechnen haben. Den Eiern und Farbbeutel sind Brackert und seine Kamarilla nur entgangen, weil sie sich der Forderung, in diesem Semester keine Veranstaltung mehr zu halten, gebeugt haben, und die Veranstaltungen für den Rest des Semesters eingestellt haben.

Denn:

WENN WIR UNS IN DIESER UNI NICHT MEHR ORGANISIEREN DÜRFEN, OHNE DASS POSTWENDEND DIE BEKANNTEN SIRENEN LOSHEULEN, DANN SOLLEN AUCH ANDERE DIESES GERÄUSCH FÜRCHTEN LERNEN!

BERUFSPERSPEKTIVEN

Daß die technokratische Universität die studentische Intelligenz funktionalisiert, klingt blaß, harmlos und schreckt keinen; die Wirklichkeit der technokratischen Universität sieht so aus:

- Prüfungszwang in Permanenz
- nach festen Berufsbildern orientierte, veraltete Studiengänge
- Trennung von Ausbildung zur „Praxis“ und Ausbildung zur Wissenschaft (Hochschulgesamtplan)
- Numerus clausus und Zwangsexmatrikulation
- wem das zum Gehorsam noch nicht reicht, für den

KANN MAN BRECHEN

steht das Ordnungsrecht bereit. Wer meint, die Reform wolle endlich der Forderung der Studenten Rechnung tragen, Studium und Beruf in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen, sieht sich brutal enttäuscht. Dieses Studium bereitet nicht auf den Beruf vor, sondern liefert uns dem Beruf aus. Was immer noch dazu getaugt hatte, uns mit Widerstandsstrategien gegen die Unterdrückung in der Berufspraxis auszurüsten, soll verschwinden. An die Stelle inhaltlichen Wissens sollen formale Kenntnisse und intellektuelle Fertigkeiten treten: Gesellschaft soll nicht mehr vorkommen, genügen sollen Techniken zur Bewältigung isolierter Probleme. Die Kontrolle der Prüfungen soll nur

der passieren können, der sich durch Widerspruchslosigkeit und Anpassungsfähigkeit tauglich zeigt, in der technokratischen Produktion, sei es in der Schule oder der Verwaltung, zu funktionieren. Diesem Schicksal, das auf Studenten wartet, die an der Universität sozialistische Praxis geübt haben, halten wir die Strategie der revolutionären Berufspraxis entgegen, die sich für uns als Vorwegnahme der Zusammenarbeit mit denen konkretisiert, die als einzige die Schule verändern werden: den sozialistischen Schülern. Die Berufsperspektive der Kooperation mit sozialistischen Schülern führt die Protestbewegung bei den Germanisten in eine qualitativ neue Phase. Die Zusammenarbeit wird unser Studium eingreifend verändern: Was wir für die Widerstandsstrategien für die Schule brauchen, müssen wir bereits während des Studiums erlernen und praktizieren, um es an der Schule praktizieren zu können. — Die Berufsstudenten, die beflissen und eilig das Studium und die Universität durchlaufen, die sie unlustvoll und unterdrückerisch

1) **Sozialisation**
Dieser Bereich umfaßt das Projekt der Kooperation mit Schülern, das Seminar „Sozialisation“ und das Seminar „Möglichkeiten nicht affirmativer Berufspraxis als Lehrer“. Vorbereitung auf die Schulpraxis heißt vorerst die Aktivierung und Konsolidierung der Schülerbewegung. Freilich muß man sich dabei vor der Illusion hüten, aus dieser Arbeit unmittelbar Handlungsanweisungen für den späteren

EINEN FINGER

der Studentenrevolte eins auszuweisen wollen, muß nicht noch einmal gesagt werden. Daß diese Gesellschaft das Qualifikationsniveau ihrer Produzenten erhöhen muß und fungible Intelligenzen benötigt, ist der Grund dafür, daß nicht die Professoren, sondern die Kader des wirtschaftlichen Managements und die staatsbürokratischen Funktionäre eine Hochschulreform aus dem Boden stampfen wollen. An der Universität gibt es jedoch genug professorale Karrieristen, die nicht wehmütig und larmoyant die laudatio temporis acti anstimmen, sondern die sich bereitwillig selber Posten des mittleren Managements in der Wissensfabrik erkämpfen und sich zu Agenten der technokratischen Reform machen. Ein solcher Agent ist der Kar-

Jügelstraße, aufzusuchen und mit Herrn Prof. Brackert und dessen Assistenten zu diskutieren. Die Institutstür war geschlossen, und die Rollos waren heruntergelassen, da eine entsprechende Aktion (offenbar die erwähnte Diskussion! Die Red.) nach Information der Institutsangehörigen bevorzogen sollte.“ (Aus der Anzeige Rüeeggs.) Wer diskutiert, wird abgeführt, und wer eine Legitimation verlangt, muß natürlich damit rechnen, daß sich die verbarrikadieren, welche fürchten müssen, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Polizei stand unterdes, als die Studenten ins Seminar eindringen, schon in Bereitschaft. Sie war unter dem Vorwand gerufen worden, die Studenten würden die Poststelle überfallen (laut

FÜNF FINGER

rierist Brackert. Er und seine Marionetten versuchen schon jetzt, dieser Universität einen technokratischen Funktionalismus vorzutauschen, der funktioniert. Dieser technokratische Funktionalismus ist es sich schuldig, nach innen alles zu unterdrücken und zu behindern, was ihn stören könnte. Wenn zu solcher Pazifizierung der Werkschutz Schlosser, Fey und Seitz nicht ausreicht, schreckt er auch vor wahllosen Denunziationen bei der Polizei nicht zurück. Diesen schönen Schein von Harmonie, der unter der Fratze „liberal reden und brutal entscheiden“ auftritt, haben wir versucht, mit unserer Aktion, dem go-in in die Jügelstraße, aufzubrechen. Wir haben versucht, das objektive Gewaltverhältnis, in dem sich unsere Gegner für die schmierigsten Mittel der Intrige und Verleumdung nicht zu schade sind, in der Aktion transparent zu machen. Gleichzeitig waren die Aktionen ein Dokument unserer Entschlossenheit, uns diesem Gewaltverhältnis entschieden entgegenzusetzen. Wenn dies nicht geschieht, wird die zynische Bereitwillig-

Hessischer Rundfunk). Während die Studenten die Diskussion im Seminar weiterführten, verständigte Ass. Frey Rüeeg. Rüeeg rief danach Schlosser an, der das Hausrecht hatte, und beide vereinbarten, sich lieber hinter dem breiten Rücken der Polizei zu verstecken und sich so der Rechtfertigung zu entziehen. Als die Polizei schon in der Tür stand und keinen mehr herausließ, forderte Schlosser die Studenten auf, das Seminar zu verlassen. Das taten sie dann auch, aber im Polizeiwagen. Die große Zahl der Verhafteten (48) war kein Zufall; man hatte sich darüber geeinigt, nicht die fünf, die ohnehin nicht mehr hätten entkommen können, der exemplarischen Bestrafung auszusetzen, sondern solidarisch sich gemeinsam verhaften zu lassen und den stumpfsinnigen Richterhirne alle Rädelsführertheorien auszutreiben. Kriminell soll also im Bürokratenbewußtsein schon der Versuch sein, die Diskussion zu erzwingen. Den Mangel an Sensibilität, der unbekümmert argumentiert, daß es eh schon keinen mehr kümmere, ob und

SIND EINE FAUST

Unterricht gewinnen zu können. Da es sich erwiesen hat, daß die Gruppen sozialistischer Schüler so unmittelbar koordinierbar sind, eine gemeinsame Strategie jedoch notwendig ist, um die Isolierung der Kader gegeneinander zu vermeiden, sollen drei Projektgruppen eingerichtet werden, an denen nach Möglichkeit Genossen von allen arbeitenden Schülergruppen Frankfurts teilnehmen:

- 1) **Schulung**, das heißt kollektive Aneignung sozialistischen Wissens. Es sollen schulsoziologische Texte, Literatur zur Schülerbewegung (auch der kommunistischen in der Weimarer Republik), Psychoanalyse, politische Ökonomie und Arbeiterbewegung in Form kollektiver Arbeit gelesen und diskutiert werden.
- 2) **Technokratische Schulreform**; die technokratische Schulreform ist der gefährlichste Bündnispartner des Reformismus sozialistischer Schülergruppen. Bloß antiautoritär

täre Gruppen laufen häufig genug in das offene Messer der technokratischen Schulreform, wenn sie diese nicht genau analysiert und Agitationsmodelle dagegen erarbeitet haben.

3) **Organisation — Aktion — Agitation;** die bisherigen Agitations- und Aktionsmodelle der Schülerrevolte liefern auf eine quantitative Mobilisierung der gesamten Schülerschaft hinaus, die weder die klassenspezifische Situation der mobilisierten Zielgruppe berücksichtigte noch den Aspekt langfristiger Organisation.

Die Schülerprojektgruppe der Germanisten hat überdies in der letzten Zeit die Zusammenarbeit mit sozialistischen Schülern aus der Provinz begonnen. Die Schülerrevolte in kleinen Städten zu remobilisieren und die Bildung von Kadern in Gebieten, die von der Protestbewegung abgeschnitten sind, ist eine vordringliche Aufgabe. Voraussetzung dafür ist eine Aufarbeitung der unterschiedlichen Sozialisation in Groß- und Kleinstädten, da praktische Erfahrungen nur sehr vorsichtig auf Landgymnasien übertragen werden dürfen. Der Druck von Verhältnissen, die zum Großteil noch Relikte aus frühbürgerlichen Zeiten sind, macht die Schüler, die darunter zu leiden haben, besonders leicht organisierbar.

Das Seminar „Sozialisation“ soll langfristig, zumal denen, die an der Schülerarbeit beteiligt sind, Kenntnisse über sozialisierende Prozesse verschaffen. Dabei können wir uns nicht von der Praxis gemeinsamer Arbeit mit Schülern terrorisieren lassen, das heißt, wir werden auch solche Fragen zu diskutieren haben, die sich durch ihren Grad von Allgemeinheit außerhalb des Zusammenhangs praktischer Verwertung stellen.

Das Seminar „Möglichkeiten nichtaffirmativer Berufspraxis als Lehrer“

Das Seminar „Möglichkeiten nichtaffirmativer Berufspraxis als Lehrer“ soll eine kollektive Hospitation von Germanisten vorbereiten und auswerten. Wir werden dabei versuchen, die Einbruchsstellen zu ermitteln, die es im bürgerlichen Schulsystem gibt, und subversive Strategien des Unterrichts und der gesamten Berufspraxis erproben. Der Bereich „Sozialisation“ hat einen Stützpunkt innerhalb und einen außerhalb der Universität. In beiden Stützpunkten werden wir das organisatorische Fundament für die Kooperation mit anderen Gruppen schaffen müssen: innerhalb der Universität mit Studenten anderer lehrausbildender Fächer zusammenarbeiten, außerhalb mit den Stadtteilbasisgruppen zusammenarbeiten, die an den Schulen arbeiten.

Der Bereich „Schulung“ Eine antiautoritäre wie eine universitäre Protestbewegung konnte sich mit linker Wissenschaftskritik begnügen. Eine sich zur sozialistischen transformierende Bewegung hat den Erwerb sozialistischen Wissens nötig. So unsicher wir auch noch über den Begriff der Schulung sind — denn wir wollen ja nicht in den starren Schematismus einer Schulung verfallen, die eine Gruppe im SDS schon einmal verbindlich zu machen versucht hatte —, wissen wir doch, daß wir jetzt gesellschaftsanalytische Begriffe der politischen Ökonomie brauchen und Kenntnisse über die Geschichte einer Bewegung, in welche die der Stu-

dentent aufgehen muß, wenn sie überleben will. Kenntnisse über die Geschichte der Arbeiterbewegung also. Der Substitutionalismus, der die Studentenbewegung eine Zeitlang geprägt hatte, führt in die Subkultur. Die Schulung hat auch ein entschiedenes organisatorisches Moment: sie ist die Voraussetzung zur Bildung sozialistischer Kader. Dieses sozialistische Wissen ist kein Hobbyprodukt unserer Selbstaufklärung, sondern das eigentliche Zentrum der Einsicht.

Seminarpolitik

Mit Schulung und Kooperation mit sozialistischen Schülern kann nicht der taktische Rückzug aus der Universität gemeint sein. Daß uns die Germanistik nur soweit interessiert, wie sich die bürgerliche Erwerbsgesellschaft für sie interessiert: zur Produktion von Lehrern nämlich, kann nicht heißen, daß wir das Institut nicht wieder als Basis politischer Mobilisierung benutzen werden. Die Institutsleitung wird sich weiterhin darauf einrichten müssen, daß wir ihren Intrigen unsere politische Entschlossenheit entgegenzusetzen; daß die Lehrveranstaltungen weiterhin die Entlarvungen ihrer Ideologie zu gewärtigen haben. In dem Seminar „Kulturrevolution im organisierten Kapitalismus“ werden wir die Möglichkeiten revolutionärer Veränderungen durch Überbauprodukte in einer nichtrevolutionären Gesellschaft untersuchen, ob und welche Veränderungen die Germanistik durchmachen muß, um kulturrevolutionäre Prozesse in kapitalistischen Gesellschaften in Gang zu setzen.

Kollektive Selbsthilfe

Wir werden uns auf lange Zeit auf eine rigide Trennung von unvernünftigem Studium irrationalen Prüfungsanforderungen und vernünftiger wissenschaftlicher und politischer Arbeit außerhalb der germanistischen Zwangsveranstaltungen einrichten müssen. Dazu werden wir ein System „kollektiver Selbsthilfe“ aufbauen, in dem wir die Studienanforderungen zur Erreichung der Berufslizenz auf die billigste Weise absolvieren. Die Praxis der Basisgruppe, die jetzt schon gemeinsam mit jeder nur möglichen legalen und illegalen Hilfe Studienanforderungen absolviert (Klausuren, Referate, Hausaufgaben, Staatsexamen), muß allgemein werden. Voraussetzung dafür ist, daß wir unsere Einsicht über die Unvernunft und luxuriöse Unwissenschaftlichkeit dieses Studiums in praktisches Handeln übersetzen und jegliche Leistung dem routinierten Wissenschaftsbetrieb gegenüber von jedem Rest libidinöser Besetzung befreien. Mit der Rationalisierung, daß das „linke“ Referat, die „linke“ Klausur- und Staatsexamensarbeit das Studium vernünftiger oder gar erträglich machen, täuschen wir niemand als uns selbst. Wir müssen die Zeit, die alle Germanisten für überflüssige und Verschleißprodukte aufwenden, auf ein Mindestmaß beschränken. Die freigesetzte Zeit verwenden wir für die Projekte „Schulung“ und „Sozialisation“, welche die wahre Vorbereitung auf unseren Beruf als Lehrer sind.

Kritik der Prüfungen

Die „kollektive Selbsthilfe“ kann nicht bedeuten, daß wir uns auf eine Tolerierung der herrschenden Unvernunft der Studiengänge und Prüfungen einlassen. Das Seminar „Analyse und Kritik germanistischer Prüfungen“ zielt langfristig auf die Veränderung und praktische Abschaffung der Prüfungen. Prüfungen sind Papier-

tiger: taktisch müssen wir sie ernst nehmen, strategisch werden wir sie zerschlagen!

Brackert und seine Mannschaft

Die Aktionen der letzten Woche haben eine Gruppe des rechten SHB aus ihrer politischen Apathie geschreckt. In der VV versammelten sie das studentische Ruhe- und Ordnungspotential, wählten die Fachschaft (mit Unterstützung der sozialistischen Studenten) ab und versprachen eine Politik der kleinen Schritte, im SHB-Jargon: punktuelle Reformen. Eine Strategie hat sie nicht bekanntgegeben, jedoch steckt die Gruppe seit ein paar Tagen mit Brackert die Köpfe zusammen bei Diskussionen, die vorerst die Öffentlichkeit noch zu scheuen haben, um nicht allzu leicht entlarvt zu werden. Die „Demokratisierung“ dürfte uns leicht eine Institutsatzung beschern, wobei man durchaus davon ausgehen kann, daß Brackert seinen studentischen Parteigängern mehr Konzessionen machen wird als den studentischen Vertretern in der ersten Institutsratsdiskussion. Das entspricht zum einen der veränderten historischen Situation (halbparitätischer Rat bei den Pädagogen und Politologen) und ist außerdem für die Reformisten eine politische Lebensfrage: nur durch den Schein von Konzessionen gewinnt ihre rührende Rückkehr zur bürokratischen Gremienpolitik einen Schein von Vernünftigkeit. Daß die Konzessionen dennoch nicht über einen drittelparitätischen Rat mit Negativkatalog hinausgehen werden, dürfte als ausgemacht gelten. Von diesem Schein von Konzessionen und der Beschwichtigungspolitik von Brackert und seinen studentischen Parteigängern wird das Seminar nicht pazifiziert werden. Die Basisgruppe sieht diesen hilflosen Versuchen, die Konflikte zwischen Institutsleitung und Studenten in einem ausgeglichenen Modell von „Mitbestimmung“ zu harmonisieren, mit Gelassenheit und Interesse zu. Sie wird unterdes den Kampf auf allen Ebenen innerhalb und außerhalb der Universität aufnehmen, denn der historische Lernprozeß studentischer Politik läßt sich nicht einfach ungeschehen machen.

Einen Finger kann man brechen, fünf Finger sind eine Faust!

redaktionskollektiv der basisgruppe germanistik.

Soz. Vordiplomanden sprengen Sitzung des Prüfungsausschusses

Am Freitag, dem 4. 7. 1969, wollten die Professoren des Prüfungsausschusses über die Wiederholung der kollektiv geschriebenen Klausuren in Statistik und Volkswirtschaft entscheiden. Durch ein Go-in wollten wir Öffentlichkeit herstellen. Sofort wurde von den anwesenden Ordinarien darauf hingewiesen, daß der Prüfungsausschuß nicht öffentlich tagen dürfe auf Grund formaljuristischer Vorschriften, und die Sitzung aufgehoben.

Die Katakombe

Frankfurt Kellertheater
Schützenstr. 8, am Brückenkeller
Telefon 28 47 50

Wir spielen auch im Sommer!
bis 30. August täglich
(außer Montag) 20.30 Uhr

LENINGRADER ROMANZE

von Alexej Arbusow
Regie: Rolphe de la Croix
Ermäßigte Preise während der Sommerspielzeit
Telefon ab 16 Uhr: 28 47 50

Praktische Arbeit vor

Selbst die linientreuesten Marxisten-Leninisten vermögen bei der Debatte über den „Transformationsprozeß der Studentenrevolte“ nicht klar zu bestimmen, was sie sich unter außeruniversitärer Praxis studentischer Genossen vorstellen. Bei der Bettelkure stramm „maoistischer“ Diskus-Artikel und diverser Papiere Berliner Organisationsstrategen fällt die Uneinigkeit über praktische Perspektiven auf und zudem die für Marxisten-Leninisten wohl typische Tendenz, vor dem Einsteigen in außeruniversitäre Arbeit erst über Monate hinweg zu verhandeln, wie man es organisatorisch machen wolle und wem die „zentrale Entscheidungsgewalt“ der zu bildenden Massenorganisation denn zukomme. Anstatt Organisationsmodellen bereits vorhandene kontinuierliche praktische Arbeit zugrunde zu legen, streitet die Marxistisch-Leninistische Studentengruppe an der FU Berlin gegen studentische „Überbaurevolutionäre“, die Nachwuchs in die Basisgruppen schicken wollen und ihren Genossen gar empfehlen, ein Jahr in den Betrieb zu gehen. Demgegenüber sieht die „kommunistische Fraktion“ der Berliner Wiso-Basisgruppe in denjenigen Studenten, „die ihre bürgerlich-akademische Ausbildung für unbestimmte Zeit unterbrechen, um als Kollektive in den Betrieben zu arbeiten“, die Gründer proletarischer Schulungs- und Kaderarbeit. Im Gegensatz zu diesen studentischen „Proletariern“, die — wie sich auch in Frankfurt zeigt — von ihrer Theorie her unter einem ständigen Praxiszwang stehen, sollten wir die Zusammenarbeit mit studentischen Genossen aus den Uni-Basisgruppen in Stadtteil- und Lehrlingsgruppen aufzeigen und von den bereits gemachten Erfahrungen her weitere Arbeitsmöglichkeiten und Organisationsmodelle bestimmen.

Daß die Freude an der Zerstörung eine schöpferische Freude sei, bestreiten wir zumindest im Frankfurter Fall, wo von organisationsbesessenen Genossen in verschiedenen Stadtteilbasisgruppen insofern destruktiv gearbeitet wurde, als sie kontinuierlicher Arbeit (Berufsschule, Betriebsprojektgruppen, Aufgreifen lokaler Konflikte) die Organisations- und Schulungsdebatten vorzogen. Hier erklären die Berliner Wiso-Kommunisten richtig: „Die Basisgruppen waren nicht in der Lage, die vereinzelt Jungarbeiter und Lehrlinge in ihren kontinuierlichen Arbeitszusammenhang zu integrieren und auf deren individuelle Schwierigkeiten einzugehen und damit den Lernprozeß dieser vereinzelt mobilisierten Lehrlinge und Jungarbeiter voranzutreiben. Statt dessen waren die Jungarbeiter und Lehrlinge gezwungen, sich am intellektuellen Status der Studenten und an deren Subkultur zu orientieren.“

In Frankfurt gibt es Beispiele genug, wo Lehrlinge, die die ersten Revolutionäre, die den Sprung aus der Uni in die proletarische Arbeit getan hatten, nur aktionistisch und personalistisch an sich gebunden hatten, aus den Betrieben rausflogen und zum Teil kriminalisiert wurden. Einige von ihnen, die sich nicht in ihren Betrieben, sondern nur im engen Kreis ihrer Basisgruppen engagierten, bilden heute ein „marxistisch-leninistisches Lehrlingskollektiv“, das in seinen Flugblättern arrogant den Anspruch erhebt, allen Frankfurter Lehrlingen seine Schulungsweisen unterjubeln zu wollen. Was noch zu retten ist, soll jetzt ein „marxistisch-leninistisch-maoistisches“ KPD/ML-orientiertes Schulungsprogramm retten. Interessanterweise sind die meisten der „Studienkollektive“ von der Zusammenarbeit mit Lehrlingen aus verschiedenen Branchen isoliert. Im „Plenum der Studienkollektive“ tummeln sich bis auf einige Repräsentativ-Lehrlinge nur klassenbewußte Studenten.

Katalysator zwischen dem theoriebedingten Praxiszwang der neuen Proletarier von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität und einer praxisnahen Betätigung an der Basis ist gegenwärtig die Lehrlingsheimkampagne. Go-ins ins Sachsenhausener Bischof-Dierichs-Heim, Flugblattaktionen beim Rödelheimer Kleemann-Hotel, Nachtaktionen in Wabern und zuletzt die Demonstration vor dem Staffelberger Lehrlingsheim erwiesen sich als ein Propagandaerfolg, der sich politisch nach innen auswerten ließ und nach außen in erster Linie publizistisch über die Zustände in den Heimen und deren politische Ursachen informierte.

Die Lehrlingsheimkampagne erweist sich deshalb als so „spektakulär“ und gegenüber anderen außeruniversitären Aktionen „erfolgreich“, weil in keiner anderen gesellschaftlichen Institution — ausgenommen Zuchthäuser — Repressionen so manifestiert sind wie in diesen Dresdener Anstalten. Die Lehrlinge waren zum großen Teil spontan bereit zur Zusammenarbeit mit Frankfurter Genossen.

In der Basisgruppe Jura wurde die Lehrlingsheimkampagne zusammen mit Berufsschularbeit unter dem Aspekt notwendiger außeruniversitärer Arbeit diskutiert, und die Genossen waren zumindest „mit dem Gesetzbuch unterm Arm“ auf die Aktionen vorbereitet. Nach dem Besuch bei den mobilisierungsintensiven Lehrlingen auf dem Staffelberg zeigte es sich, daß solche Aktionen sowohl eine sehr pragmatische Behandlung mit juristischen Mitteln im Kampf gegen nachfolgende Repressalien der Jugendbürokratie verlangen als auch eine über ihre zuvor nur verbal eingenommene „revolutionäre“ Haltung hinausgehende Beschäftigung der Juristen nicht nur mit fachspezifischen Problemen. Die Zusammenarbeit mit Staffelberger Lehrlingen hatte einen doppelten Effekt: Bei den Juristen trat durch die Solidarisierung mit den Betroffenen die Intention, „gesellschaftlich relevante Fälle“ in die Universität zwecks eines abstrakt gesellschaftsbezogenen Studiums rückzuvermitteln, zurück vor einer revolutionären Arbeit mit den Lehrlingen. Zum anderen erkannten die Genossen von den Aktionskadern die Notwendigkeit, pragmatisch die Problemstellungen (juristischer „Schutz“ der Lehrlinge, Unterbringung getürmter Kollegen, ihre Verpflegung usw.) anzugehen und nicht voluntaristisch zu versichern, daß man es schon schaffen werde.

Derzeit zeigen sich für studentische Genossen vorrangig zwei Perspektiven, zu praktischer außeruniversitärer Arbeit zu kommen — wenn einmal der sofortige „Einsatz in kleinen Gruppen in der Produktion“ ausgeklammert wird, was durch bisher speziell von den „Organisations“-Genossen nicht geleistete kontinuierliche Arbeit an der Basis legitimiert ist.

1. Viele Jungarbeiter und Lehrlinge verlangen Zusammenarbeit mit Juristen, um auf Repressalien, die sie auf Grund ihres politischen Engagements von ihren „Lehrherren“, Lehrern, Jugendpflegern und Eltern zu erleiden hätten, mit vorerst juristischem Gegendruck antworten zu können. Dadurch kommen die Genossen der Basisgruppe Jura zum praktischen Engagement in den Stadtteilbasisgruppen oder deren Projektgruppen. Juristen sind heute zum Beispiel in Berufsschulbasisgruppen der Siemens-Gutenberg-Schule engagiert, sie diskutieren mit Lehrlingen, die vorerst noch auf gewerkschaftlicher Basis organisiert sind, und haben einen speziellen Arbeitskreis der Juristen und Lehrlinge, der auf Härtefälle auch politisch hart antwortet. Über die Kontakte der Juristen können Studenten anderer Fakultäten zur Mitarbeit kommen. Bei längerfristiger Arbeit sind auch andere universitäre Bereiche für die Lehrlinge wichtig: so erledigen stu-

or blindem Organisieren!

dentische und Lehrlingsgenossen gemeinsam Berufsschulpflichtarbeiten, um somit mehr Spielraum für politisches Engagement zu haben.

2. Viele studentische Genossen bewältigen neben dem politischen Kampf in den Uni-Basisgruppen revolutionäre Arbeit in den Stadtteilbasisgruppen. Impuls dazu war nicht selten erstmaliges Eintreten der Studenten für ihre vorerst scheinbar nur „hochschulpolitischen“ Interessen: so arbeiten von den aktiven Vordiplomanden der Soziologie viele auf lokaler Ebene. Ob die Differenz zwischen studiumsbedingter Theorie der studentischen Genossen und anderem Praxisverständnis der Lehrlinge sich durch dogmatische Schulung auflösen läßt, ist zweifelhaft. Wichtig ist vielmehr praktische Arbeit, um von daher Theorie und deren gemeinsame Aneignung bestimmen zu können.

Stadtteilgruppe Bockenheim

Kampf dem Heimterror!

Am vorigen Samstag fand im Erziehungsheim Staffelberg bei Biedenkopf eine Aktion von ehemaligen Fürsorgezöglingen, Frankfurter Lehrlingsgruppen und SDS-Studenten statt. In Staffelberg wurde ein Flugblatt verteilt, in dem unter anderem folgendes stand:

„Wir haben diese Aktion vorbereitet, weil wir den Erziehungsterror in den Heimen Staffelberg, Wabern, Freistadt, Treysa, Bergamort, Rengshausen am Leib erfahren haben und von ihm bedroht sind. Unsere Wärter, die sich Erzieher nennen, quatschen uns täglich vor, es sei unsere Schuld, daß wir ins Heim gekommen sind. Aber wir haben begriffen, daß wir dort hinkommen mußten, weil wir nicht einmal die Chance hatten, eine sogenannte ordentliche Ausbildung zu haben, die uns bestenfalls zu Handlangern derjenigen gemacht hätte, die Gesetze so machen, daß sie in ihrem Sinne bestimmen können, was kriminell ist. Das Verhalten, mit dem man es draußen zu etwas bringen kann, nämlich Arschkriecherei und Duckmäuserei, soll uns hier mit brutalem Zwang eingebleut werden. Die ordentlichen Biedenköpfer sahen uns natürlich am liebsten hinter Mauern, weil sie Angst haben um ihr bißchen Dreck, das sie besitzen, und weil sie jemanden brauchen, der beschissener dran ist als sie. Aus unserer Lage helfen uns auch nicht die Änderungsvorschläge irgendwelcher „fortschrittlicher“ Verwaltungshengste, die bestenfalls dazu führen, daß einige von uns über die Formen unserer Unterdrückung mitbestimmen dürfen. Wirkliche Veränderungen unserer Lage werden uns nicht von oben zugestanden. Wir müssen sie uns erkämpfen! Darum ist die Aktion Staffelberg der Beginn einer Offensive, die sich gegen den gesamten Erziehungsterror richtet.“

Nach dieser Aktion ist in Staffelberg der Karzer bis auf einen abgeschafft worden. „Den werden wir aber auch noch abschaffen!“ Im ersten Schreck haben in Staffelberg die Erzieher und Heimverwaltung einige Zugeständnisse gemacht:

- kein Taschengeldentzug mehr
- jeder darf sich die Haare so wachsen lassen, wie er will
- keine Ausgangssperre mehr
- keine Prügelstrafe mehr
- ab 1970 soll das Taschengeld auf 20 bis 25 DM erhöht werden

Das ist uns aber zuwenig!

Wir haben gerade deshalb in Staffelberg angefangen, weil es als eines der modernsten Heime in Deutschland gilt. Wir wenden uns jetzt an euch, weil wir wissen, daß die Zustände in anderen Heimen noch beschissener sind. Wir haben in Staffelberg gesehen, daß den Erziehern die Muffe saust, wenn man im Heim zusammenhält und wenn wir euch von außen unterstützen. Deshalb fordern wir für alle Erziehungsheime:

1. Für jede Arbeit tarifgerechte Bezahlung und gleiche Bezahlung von 100 DM für alle Lehrlinge.
2. Freien Heimaufenthalt: die kapitalistische Gesellschaft hat uns ins Erziehungsheim gebracht, der kapitalistische Staat soll also auch den Zwangsaufenthalt bezahlen!
3. Jeder soll seinen Beruf frei wählen und nicht so, wie die Erzieher es wollen. Fachgerechte Ausbildung des Ausbildungspersonals. Fachgerechte Ausstattung der Werkstätten.
4. Täglich nach Arbeitsende freien Ausgang.
5. Freien unkontrollierten Mädchen- beziehungsweise Jungenbesuch, damit wir nicht im Wald vögeln oder im Heim wixsen müssen. Es gibt ja auch die Pille.
6. Abschaffung der Prügelstrafe: schlägt gemeinsam zurück, wenn ihr geschlagen werdet.
7. Wir wollen Fernsehen schauen, wann und was und wie lange wir wollen. Freie Programmwahl.
8. Freie Kleidungswahl. Keine Futtköpfe mehr: die Frisur geht nur uns was an.
9. Kontrolle des Heimrats über alle Entscheidungen der Erzieherkonferenz. 50 Prozent Jugendliche, 50 Prozent Erzieher - das ist nur die Übergangslösung.
10. Einsicht in die Akten über die Jugendlichen: wir wollen wissen, was mit uns passieren soll.
11. Freie Aussprache vor und über den Jugendlichen, daß er genau weiß, wie sein weiterer Lebensabschnitt im Heim aussieht!
12. Abschaffung des Hausputzes: wir verdienen durch unsere Arbeit genug Geld, daß Putzfrauen bezahlt werden können. Samstag und Sonntag wollen wir ausschlafen.
13. Abschaffung des Zuspruchs; statt dessen offene Sitzung des Heimrates; den Zeitpunkt bestimmt der Heimrat selbst.
14. Wir wollen nicht haben, daß die Erzieher unsere Briefe aufmachen, lesen und das Geld 'rausholen.

Alle diese Forderungen gelten natürlich für offene sowie für geschlossene Heime!

Die Erzieherkonferenz, die am Montag tagt, soll sich diese Forderungen hinter die Ohren schreiben. Wenn diese 14 Gebote nicht erfüllt werden, dann folgen unangekündigte Aktionen von den Heiminsassen und von uns, die wir draußen den Kampf gegen den Heimterror aufgenommen haben!

Wir werden den Kampf gegen den Heimterror nicht aufgeben - sondern verstärken!

Kämpft mit uns - wir halten zu euch!

Wenn ihr Angaben über die Zustände in eurem Heim machen wollt, wendet euch an AstA, 6 Frankfurt a. M., Jügelstraße 1, oder ruft Frankfurt 72 63 47 an!

Kampfgruppe ehemaliger Fürsorgegefangener

Kritische Berufsarbeit der Politologen

Arbeitsgruppe - Kritik der Sozialkunde

(AfE-Studenten, Schüler und Lehrer) freitags 16 Uhr, Schumannstr. 34, Seminar für politische Bildung der AfE)

A. Voraussetzungen ihrer Konstituierung

1. Ausbildungssituation von Lehrern

a. AfE: Zwar wird der Beruf im Studium thematisiert, aber das wird beschränkt auf die Vermittlung von oft abstrakten Didaktiken. Zudem wird die Wissenschaftlichkeit beschränkt: Grundfächer werden verringert, Pädagogik nicht als (empirische) Sozialwissenschaft begriffen. Es gibt keine institutionalisierte Diskussion mit Lehrern und Schülern.

b. Politikstudium an der Uni: Berufspraxis wird nicht thematisiert. Kritisches Wissen bleibt folgenlos, da sich Politologie nicht als Lehrer ausbildendes Fach begreift, Soziologie der Schule nicht betrieben wird. Der Lehrer kann sich nur blind in die Institution Schule einfügen, was ja auch die technokratische Hochschulreform bezweckt.

2. Wirkung der Sozialkunde

a. Bloße Verinnerlichung demokratischer Spielregeln, Normen zu Glaubensartikeln ohne Problembewußtsein.

b. Politische Probleme werden formalisiert, naturalisiert und harmonisiert, was Entpolitisierung und allgemeines Desinteresse zur Folge hat.

c. Mögliche kritische Sozialkunde wird absorbiert durch die Fächerteilung, durch die (sublime) autoritäre Sozialisation durch Institution Schule und Lehrerrolle.

3. Schülerbewegung, Sozialistischer Lehrerbund

a. SLB: Mangelnde Reflexion der Lehrerrolle und mangelnde Organisation führten zur politischen Perspektivlosigkeit, zur Abkapselung von der Schülerbewegung. Oft wurde das kompensiert durch die Illusion der politischen Veränderung der Schule durch aufgeklärten Absolutismus der Lehrer.

b. Schülerrevolte: Sie bestimmt sich zusehends durch die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit Lehrern und durch die Organisation außerhalb der

Schule mit Studenten, um von außen Schülergruppen zu bilden, die eine Bewußtseinsbildung durch die Offenlegung von Konflikten in der Schule betreiben.

B. Arbeit der Gruppe seit einigen Wochen

1. Diskussion über politische Funktion der Gruppe: Sie be-

greift sich im Rahmen der Schülerrevolte, d. h., die Probleme und Konflikte der Schüler ergeben die Kriterien für die AG. (Lit.: Amendt u. a. Kinderkreuzzug...) Das bedeutet die Distanzierung von der Lehrerrolle und den Kampf gegen die Institution Schule, nicht gegen einzelne Fächer.

2. Bisherige Lektüre über Lehrerrolle und Institution Schule

Fürstenau: Zur Psychoanalyse der Schule als Institution; Kob, Rollenproblematik des Lehrerberufs; Mollenhauer: Rollenproblematik des Lehrerberufs.

C. Künftige Arbeit der Gruppe

1. Lützens, Schule als Mittelklasseninstitution; Rolff, Sozialisation und Auslese durch die Schule; Schulz/Thomas, Schulorg. und Unterricht; Tausch, Erziehungspsychologie; Adam, Bildungsprivileg und Chancengleichheit; Bernstein, Soziokulturelle Determinanten des Lernens.
 2. Zur Familie: Gottschalch, Kind und Familie heute.
 3. Zur Sozialkunde: Schmiederer, Zur Problematik politischer Bildung; Herkommer, u. a., Erziehung zur Anpassung? Teschner, Politik und Gesellschaft im Unterricht.
- Geplant sind Aktionen mit Schülern als Teach-ins in der Schule. Unterstützung der Anti-Bundeswehrkampagne in den Schulen und Unterstützung der Schüler bei der Bildung eines sozialistischen Bewußtseins und bei ihrem Widerstand gegen repressive Schulleitungen.

Studentische Einführungsveranstaltung in die Politologie (für WS 69)

Eine Einführung in die Inhalte und Methoden der Politologie, eine exemplarische Analyse von Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft, kann nicht geleistet werden, bevor die Politikstudenten ein politisches Bewußtsein entwickelt haben und bevor sie die Funktion des Politikstudiums begriffen haben. Ansonsten wird die entfremdete Motivation zum Politikstudium (Staat schreibt bei Lehrerausbildung 2. Fach vor) nur verstärkt, kritisches Wissen abstrakt auf die Bedürfnisse aufgesetzt.

Anlaß für die Einführung ist die allgemeine Apathie der Politikstudenten bezüglich wissenschaftlicher und politischer Interessen. Politischer Anlaß ist die technokratische Hochschulreform, die bewußtlose, sich blind in den Beruf integrierende Spezialisten-Studenten schaffen möchte. Die Einführung betrachtet Politologie als Lehrer ausbildendes Fach, das Studenten produzieren soll, die sich der Funktionalisierung der Wissenschaft zwecks Kapitalverwertung widersetzen, insofern sie sich ihrer Motivation zum Politikstudium, ihrer Situation auf der Hochschule und ihrer künftigen Lehrerrolle kritisch bewußt werden. Die Gewinnung von Selbstbewußtsein durch eine Einführung hat die Funktion, kritische Berufsarbeit schon im Studium zu betreiben.

Programm:

A. Soziologie der „Herkunft“ von Politikstudenten.

1. Schule als Institution, Sozialisationsagentur: Lützens, Schule als Mittelklassenin-

Fortsetzung auf Seite 4

*adam griff etwas voreilig zu,
als eva ihm obst anbot -
das hatte weitreichende folgen.*

bei mir können sie vorbehaltlos zugreifen, sie tun nämlich etwas für ihre gesundheit.

**vitamine für ihr studium
obsthalle schmidt**

obst - lebensmittel - getränke
vor dem haupteingang der uni - jügelstraße

LUISE POLLINGER

Papier - Bürobedarf - Büromöbel
Buch- und Offsetdruck

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter - Feinpapiere - Geschenke - Büro-, Zeichen- und
Schulartikel

FRANKFURT A. M., BOCKENHEIMER LANDSTR. 131 u. 133
Selbstbedienung Bockenheimer Landstraße 133
Fernruf 77 55 89 - 77 63 77

Café Bauer

GRÄFSTRASSE

SO SEHEN DIE REFORMEN VON RÜEGG AUS!

Wer glaubt, mit der Ablehnung des Ordnungsrechts durch sechs Bundesländer seien verschärfte Disziplinierungsmaßnahmen nicht mehr möglich, kann am Beispiel der Soziologie-Vordiplomprüfung in Frankfurt erkennen, daß schon das bestehende Disziplinarrecht ausreicht, konkrete Reformversuche zu verhindern. Wie berichtet, versuchten die Phil.-Soziologen durch kollektives Schreiben zweier Klausuren das auch von den Ordinarien Adorno, Friedeburg und Habermas als „unsinnig“ deklarierte Prüfungsverfahren in Frage zu stellen.

Das Vordiplom ist in der Tat unsinnig: fordert doch gerade die „Frankfurter Schule“ den „mündigen Menschen“, der in der Lage ist, seine Eigeninteressen zu reflektieren und sein Studium autonom zu erarbeiten. — Demgegenüber erscheint die Prüfungspraxis, in welcher „der Zusammenhang zwischen Sache und Reflexion zerrissen ist“ (Zitat: Adorno, Eingriffe — Edition suhrkamp), als Karikatur. Kollektive Arbeiten erscheinen sinnvoll, um:

1. eine inhaltliche Diskussion in Gang zu bringen;
2. den Konkurrenzmechanismus, auf dem die Forderung nach individueller Leistungserbringung beruht, aufzuheben;
3. das irrationale Prüfungsverfahren, das hauptsächlich abfragbares Wissen und psychische Stabilität testet, unmöglich zu machen.

Die angestrebte inhaltliche Diskussion wurde von den Ordinarien verweigert, sie zogen sich auf formaljuristische Bestimmungen der Prüfungsordnung zurück. Dies zu einem Zeitpunkt, wo konkret ausgearbeitete Vorschläge der Assistenten „zur Revision des Prüfungsverfahrens“ vorlagen, die kollektive Prüfungsarbeiten vorsehen. Um die angelauene Prüfungsdiskussion dennoch fortführen zu können, wurde die angesetzte Soziologie-Klausur verweigert.

Magnifizenz Rüegg, der sich schon immer durch das ihm eigene Sendungsbewußtsein und ein Übersoll an politischer Pflichterfüllung hervorgetan hat, traf Sofortmaßnahmen:

1. Friedeburg wurde von ihm aufgefordert, umgehend Namen und Wortlaut der Diskussionsbeiträge der Störer (Studenten und Assistenten) anzugeben. Friedeburg weigerte sich und handelte sich wegen „Un-

fähigkeit der Aufsichtsführung“ die Androhung eines Disziplinarverfahrens ein.

2. Rüegg kündigte Oberaufsicht bei der noch ausstehenden Klausur an, d. h. Ausweiskontrolle, Gefahr der Relegation bei Fortführung der Prüfungsdiskussion, massiven Polizeieinsatz.

Diese Maßnahmen wurden komplettiert durch ein Schreiben des Prüfungsamtes, in dem die Vordiplomanden aufgefordert wurden, sich zu individuellen Leistungen zu verpflichten. Ein rechtlicher Status dieser Forderung existiert laut Prüfungsamt nicht. Deutlich gemacht wurde allerdings, daß „mit allen gesetzlichen Mitteln“ die Prüfung durchgesetzt werde. Doch damit nicht genug; um jede Solidarisierung der Assistenten mit den Studenten zu verhindern, drohten deren Vorgesetzte, „sie seien jederzeit ersetzbar“. Außerdem könne von ihnen eine schriftliche Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Ausführung der Aufsicht abverlangt werden.

Der Konflikt um das Soziologie-Vordiplom darf jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Rüeggs besonderes Engagement ist Teil seines schon jahrelang betriebenen Feldzugs gegen das Institut für Sozialforschung. Als Ergebnis seiner gezielten Spitzeltätigkeit existiert bereits ein umfangreiches zur Veröffentlichung bestimmtes Dossier, mit dem er beabsichtigt, das Frankfurter Institut für Sozialforschung als Zentrum staatszerstörerischer, revolutionärer Umtriebe zu entlarven. Als Beweismaterial dienen neben Zitaten aus Schriften der betroffenen Ordinarien minuziöse Darstellungen über Aufenthalt und Äußerungen von Assistenten des Instituts, z. B. während der Kampagne gegen die Notstandsgesetze, des aktiven Streiks im WS, auf Teach-ins,

Vollversammlung etc. — alles das läßt auf eine ständige von Rüegg initiierte Kontrolle schließen.

Konkretes Ziel seiner Aktivität ist: den bisherigen, finanziell und rechtlich von der Universität unabhängigen Status des Instituts aufzuheben, um es in die Universität zu integrieren und so als einer der Direktoren in seinem Sinne die Forschung zu überwachen. Die Reformversuche der Studenten lassen sich ebenfalls in einen größeren Zusammenhang einordnen. Die Notwendigkeit einer generellen Prüfungsreform ist inzwischen unbestritten. Zum Beispiel beweisen die Ergebnisse des „Arbeitskreises für Hochschuldidaktik“, der im Februar 1969 (unter Leitung des Hamburger Ordinarius für öffentliches Recht, Werner Thieme) eine Arbeitstagung über Prüfungsfragen abhielt, die Irrationalität und sogar Ineffizienz der jetzigen Prüfungspraxis. Die Teilnehmer erklärten sich bereit, ihren Erkenntnissen „notfalls durch direkte Aktionen den entsprechenden Nachdruck zu verleihen“.

An der Universität Frankfurt wehren sich bereits (inzwischen) Juristen, Germanisten, Wirtschaftswissenschaftler und Mediziner gegen die irrationalen Prüfungszwänge.

Ordinarien, Universitätsadministration und Kultusbürokratie erweisen sich allerdings als völlig unfähig, den Intentionen solcher Ansätze gerecht zu werden. Sie reduzieren sie auf jenen vermeintlichen „Aktivismus“, dem nur mit disziplinarischen Mitteln und Polizeieinsatz begegnet werden kann. So fordert denn auch der Kultusminister Schütte in einem Brief an den Vorsitzenden des philosophischen Prüfungsamtes: **An den Vordiplomanden solle ein exemplarischer Fall statuiert werden.**

Zentralrat der Vordiplomanden

Kritische Berufsarbeit der Politologen

Fortsetzung von Seite 3

tution; Fürstenau, Zur Psychoanalyse der Schule als Institution; Abschnitte aus Rolff, Sozialisation und Auslese durch die Schule; Abschnitte aus Schulz, Thomas, Schulorganisation und Unterricht.

2. Lehrerrolle: Kob, Rollenproblematik des Lehrerberufs.

3. Sozialisation durch die Familie: Gottschalch, Kind und Familie heute.

4. Gesellschaftsbilder von Erstsemestrigen (durch Sozialkunde vermittelt): Habermas, Zum Einfluß von Schul- und Hochschulbildung; Teschner, Politik und Gesellschaft im Unterricht.

B. Soziologie des Politikstudiums

1. Erarbeitung eines Fragebogens, der Erstsemestrige über Motivationen zum, Erwartungen beim Politikstudium, Berufsperspektiven usw. befragt.

2. Verhältnis der Politologie als Luxuswissenschaft zur technokratischen Hochschulreform. Leibfried: Die angepaßte Universität; Analyse des Hess.

Hochschulgesetzes; ASIA-Broschüre über das Ordnungsrecht.

Dieses Konzept darf nicht rigid den Erstsemestrigen vorgesetzt werden. Nach dem Prinzip des exemplarischen Lernens können sich Schwerpunkte in diesen Themen bilden. Die ersten Stunden der Einführung gelten der offenen Explikation aller Teilnehmer über Kommunikationsschwierigkeiten, Bedürfnisse, Interessen usw. Die Einführung ist beschränkt auf ein Studienjahr. Sie sieht im Gegensatz zum Einführungsvorschlag des Lehrkörpers ihre **Motivationsstrategie als Strategie der Politisierung der Politikstudenten in organisatorischer Perspektive**, d. h., das durch die Einführung vermittelte Selbstbewußtsein besteht nicht nur aus kritischer Theorie, sondern auch aus Demonstrationen, etwa gegen das Ordnungsrecht oder gegen das Hessische Hochschulgesetz.

Basisgruppe Politologie
Treffen donnerstags 20.00 Uhr
Kolb-Heim, Beethovenplatz 4

LIBRESSO

Opernplatz 10 · Telefon 29 21 51

Politische Buchhandlung
Soziologie, Philosophie, Psychoanalyse
Raubdrucke, Papers, Zeitschriften
Espresso

Kennen Sie das NORGE-Zentrum?

Nur 2 Minuten von unseren Hörsaalgebäuden entfernt Ecke Gräf-/Robert-Mayer-Straße die Selbstbedienungsreinigung und Wäscherei

PREISWERT UND GUT

Anzug	DM 4,-	Kostüm	DM 4,-
Mantel	DM 6,-	Bluse	DM 1,-
Hose/Rock	DM 2,-	Pulli	DM 1,-
Jacke	DM 3,50	Pulli o. Arm	DM 0,90
Sakko	DM 2,40	Sportpullover	DM 2,-
Kleid	DM 3,50	Kissenplatte	DM 0,70

Morgens gebracht — abends abgeholt!

Sie kaufen preiswerter bei

Hein, Adalbertstraße 1a

36er Dia-Film in Entwicklung . DM 9,80
CT 18 : DM 11,90

Spiegelreflex-Kamera
Pentaflex SL nur DM 198,—

Erstklassige Farbabzüge
7x10 und 9x13 nur DM —,85
Farb-Rollfilm nur DM —,60

asta information

Erscheint jeden dritten Donnerstag im Semester
Herausgeber: Das Parlamentspräsidium, Redaktion: Günther Frank, Walter Röser, und Mitglieder der Basisgruppen.
Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Jügelstraße 1, Tel. 7 98 31 86 u. 77 75 75.
Gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.
Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main.

HAMBURGS ANTIAUTORITÄRER LADEN



POLITISCHE BUCHHANDLUNG GMBH

2 HH 13, Schlüterstraße 86, Tel. 41 74 84

BÜCHER - ZEITSCHRIFTEN - INFORMATION
SCHALLPLATTEN - POSTER

Buchhandlung für
Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstr. 133

Peter Naacher

Zentrale: Steinweg 3 · Ruf * 28 76 41

Taschenbuchhandlung: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Frankfurter Resistenztheater

Kabarett Die Maininger
6 Frankfurt am Main
Neue Rothofstraße 26 a
Telefon 8 24 34 und 28 02 27

Im Juli:

Jeden Donnerstag, Freitag und
Samstag, 20.30 Uhr

CONNY LÄSST DIE PUPPEN TANZEN

Die hochaktuelle, politisch-
satirische Kabarettrevue
von und mit Conny Reinhold

Studenten erhalten bis zu 50%
Ermäßigung. Donnerstag und
Freitag, 17. und 18. Juli, wegen
Gastspiels geschlossen.